

II-2550 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XV: Gesetzgebungsperiode

Nr. 1272 J

1981 -06- 17

A N F R A G E

der Abgeordneten DR.OFNER, DR.STIX, DKFM.BAUER  
an den Herrn Bundesminister für Inneres  
betreffend Bericht des "KURIER" über eine von Organen der Kriminalpolizei,  
der Zollfahndung und der Post gemeinsam vorgenommene Hausdurchsuchung

Der "KURIER" berichtete in seiner Ausgabe vom 3.Mai 1981 über eine bei einem auf Funkgeräte spezialisierten Elektrohändler am 12.3.d.J. vorgenommene Hausdurchsuchung, an welcher neben Kriminalbeamten auch Zollorgane und mit der Funküberwachung befaßte Postbedienstete beteiligt waren. Laut dem in Rede stehenden Zeitungsartikel scheint zu einer derartigen Maßnahme durchaus ein Anlaß bestanden zu haben, zumal im Warenlager des Kaufmanns tatsächlich Geräte gefunden worden sein sollen, die in Österreich nicht zugelassen sind.

So sehr ein behördliches Eingreifen hier also geboten gewesen sein dürfte, so bedenklich mutet jedoch das an, was der "KURIER" über die dabei gewählte Vorgangsweise bzw. über die Begleitumstände zu berichten wußte. Abgesehen davon, daß die Amtshandlung ohne Vorweis eines Hausdursuchungsbefehls durchgeführt worden sein soll, heißt es, daß die dabei beschlagnahmten Buchhaltungsunterlagen seither (zumindest bis zum Erscheinen der Reportage) nicht rückerstattet worden seien; diese werden sogar als nicht mehr auffindbar bezeichnet.

- 2 -

Zur Verdeutlichung der ruinösen Rückwirkungen auf den Geschäftsgang der Elektrofirma bringt der Bericht als wörtliche Zitate u.a. folgende Aussagen des Inhabers: "Ohne Buchhaltung kann kein Betrieb existieren. Ich weiß nicht, wer mir Geld schuldet, ich weiß nicht, welche Rechnungen ich noch zu bezahlen habe ..."

Tatsächlich kann wohl kein Zweifel daran bestehen, daß eine behördliche Vorgangsweise wie die oben wiedergegebene dazu geeignet ist, jeden Wirtschaftstreibenden seiner Existenz zu berauben. Umso notwendiger erscheint es, daß man sich bei Amtshandlungen der in Rede stehenden Art auf das im Interesse der Ermittlungen Notwendige beschränkt und daß vermeidbare Beeinträchtigungen des Geschäftsbetriebes auch wirklich vermieden werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

A n f r a g e :

- 1) Wie nehmen Sie zu dem vom "KURIER" geschilderten Sachverhalt aus der Sicht Ihres Ressorts im einzelnen Stellung?
- 2) Zu welchen Maßnahmen sehen Sie sich in diesem Zusammenhang allenfalls veranlaßt?